

# Rhein- und Loth-Anzeiger

## Amts-Blatt der



## Stadt Nastätten.

Der Preis des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden „Rhein- und Loth-Anzeiger“ kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 2.50, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 7.50. Verteilungen können jederzeit erfolgen.

Wesigen finden im „Rhein- und Loth-Anzeiger“ weiteste Verbreitung und werden die 6-pennigste Nonpareilgröße über deren Raum mit 60 Pfg., die Restgröße mit Mk. 2.— berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Verurteilung fällt jeglicher Rabatt fort.

Geegründet 1878. Druck und Verlag: Müllersche Buchdruckerei in Nastätten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Nastätten. Geegründet 1878.

Nr. 107

Nastätten, Samstag, den 10. September 1921

44. Jahrgang

### Der Kanzler und die Rechte.

Deutschnationaler Parteiführer bei Dr. Wirth.

Die Leitung der Deutschnationalen Volkspartei und der Vorstand ihrer Reichstagsfraktion sind sofort nach der Rückkehr vom Münchener Parteitag an die Reichsregierung herangetreten, um bei ihr wegen ihrer jüngsten Maßnahmen und der dadurch geschaffenen Lage vorstellig zu werden. Es fand eine Besprechung mit der Reichsregierung statt, für die die Partei die Abgeordneten Dertig, Graf Westarp, Dr. Baringer und Schiele zu ihren Vertretern bestimmt hat. Von Seiten der Regierung nahmen an der Besprechung teil Reichskanzler Dr. Wirth, Reichsminister des Innern Dr. Graunauer und Reichsjustizminister Dr. Schiffer.

Die deutschnationalen Parteiführer legten, wie halbamtlich hierzu mitgeteilt wird, ihre Auffassung über die Verordnungen des Reichspräsidenten dar, die sie auf das lebhafteste bekämpften. Sie verlangten Anwendung der Verordnung gegen alle extremen Richtungen, die den politischen Kampf mit Gewalttätigkeiten führen. Insbesondere verlangten sie Schutz gegen gewaltsame Sprengung und Störung rechtsgerichteter Kundgebungen und Versammlungen.

Der Reichskanzler besprach die Entwicklung der politischen Atmosphäre seit Annahme des Ultimatums und verwies auf die außenpolitischen Schwierigkeiten, die durch chauvinistische Kundgebungen hervorgerufen wurden. Er betonte die absolute Notwendigkeit, auf das Schärfste alle Versuche, die Weimarer Verfassung mit Gewalt zu beseitigen zu wahren, abzuwehren, wenn Deutschland nicht durch inneren Bürgerkrieg gleich zugrunde gehen sollte. Ebenso sei der Schutz der Republik gegen alle verwerflichen und gewalttätigen Angriffe eine selbstverständliche Staatsnotwendigkeit. Dabei werde die Verordnung strenge und gerecht gegen alle gewalttätigen Elemente, wo immer sie sich zeigen mögen, angewendet werden. Ebenso erklärte der Reichskanzler, es werde mit allen Mitteln gewaltsamen Störungen friedlicher Versammlungen entgegengetreten werden.

Er richtete die ernste Mahnung an die deutschnationalen Abgeordneten, alles aufzubieten, um Aufreizungen zu Gewalt mit allen nur erdenklichen Mitteln der Aufklärung und der parteipolitischen Beeinflussung abzuwenden und nachdrücklich aus dem politischen Kampf auszuschalten. In einzelnen erhoben die deutschnationalen Vertreter eine Reihe von Forderungen, deren Erörterung dem Reichstage vorbehalten sein wird.

Die Besprechung nahm einen dem ersten Charakter der politischen Lage durchaus Rechnung tragenden Verlauf.

Im Laufe dieser Woche finden weitere Ausprachen mit den übrigen Parteien und Fraktionen statt.

### Die bayerische Krise.

Fortsetzung der Berliner Verhandlungen.

Trotz des sehr scharfen Tones, den die bayerische bürgerliche Presse auf der einen Seite und die gesamte sozialistische Presse auf der anderen Seite ange schlagen, besteht begründete Aussicht, daß die Differenzen zwischen der bayerischen und der Reichsregierung wie ebenso die seinerzeit in der Frage der Entwaffnung der Einwohnerwehren gütlich beigelegt werden. Die Verhandlungen zwischen der bayerischen Staatsregierung und den Führern der Koalitionsparteien, über deren sonstigen Verlauf strenges Stillschweigen bewahrt wird, haben jedenfalls das Ergebnis gehabt, daß die Verhandlungen mit der Reichsregierung wegen der Verordnung des Reichspräsidenten und wegen der Aufhebung des Ausnahmezustandes fortgesetzt werden sollen. Es ist eine neue Delegation nach Berlin gefahren, der die Staatssekretäre Dr. Schweger und Lorisch, sowie die Führer der Koalitionsparteien Dr. Held (Bayr. Vp.), Dr. Hilpert (Mittelp.) und Dr. Dirr (Dem.) angehören. Schon diese Zusammenkunft der Delegation — in der vorigen Woche waren nur Dr. Schweger und Dr. Dirr in Berlin — beweist, daß man in München großes Gewicht auf diese Verhandlungen legt und eine günstige Lösung erwartet.

Auch die Reichsregierung ist optimistisch. Reichskanzler Dr. Wirth äußerte Pressevertretern gegenüber, daß er überzeugt sei, daß eine Vereinbarung möglich sei.

Im Ausschuss des bayerischen Landtages beantragten die Sozialdemokraten in der Dienstag-Sitzung die sofortige Besprechung der Berliner Verhandlungen. Nach längerer Debatte, die von den sozialdemokratischen und unabhängigen Rednern sehr erregt geführt wurde, wurde der Antrag von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt, weil die Berliner Verhandlungen noch schweben.

### Die bayerischen Demokraten für einen Ausgleich.

Die bayerische Landtagsfraktion hatte mit dem Landesparteivorstand eine eingehende Aussprache über die politische Lage. An dieser Beratung nahm auch Reichswehrminister Dr. Seeber teil, der von einer Truppenbesichtigung in Grafenwöhr nach München gekommen war. Die Versammelten waren einig in dem entschlossenen Willen, alle Schritte zu unterstützen, die zu einem Ausgleich der zwischen dem Reich und Bayern entstandenen Spannung führen können. Dabei wurde als selbstverständlich erachtet, daß die Rechtskraft der Reichsverfassung als verpflichtend anzusehen ist. Im übrigen wurden die für die Aufhebung des Ausnahmezustandes und von der Fraktion erlassenen Richtlinien gebilligt.

### Die Stellungnahme Württembergs.

Die württembergische Staatsregierung hat sich in einer Kabinettsitzung mit dem Erlaß der Reichsregierung betreffend den Schutz der Verfassung befaßt. Sie ist der Ansicht, daß das Vorgehen der Reichsregierung durchaus verfassungsmäßig ist, in der allgemeinen politischen Entwicklung der letzten Zeit keine Rechtfertigung findet und im übrigen nach allen Seiten hin gleichmäßig gilt. Eine vorherige Kühnnahme mit den einzelstaatlichen Regierungen hätte allerdings auch die württembergische Regierung als notwendig erachtet.

### Die höhere Mädchenschule.

Dem Zwecke einer umfassenden Neuregelung des höheren Mädchenschulwesens dient eine Aussprache bedeutender Pädagogen im preuss. Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Die Frage der Frauenbildung wurde nach allen Seiten hin verknüpft, wenn auch greifbare Ergebnisse aus der Aussprache nicht hervorgingen. Von amtlicher Seite wird darüber mitgeteilt:

Trotz der Verschiedenheit der Standpunkte ergab sich doch während der Aussprache eine starke Annäherung der Meinungen. Für eine unveränderte Beibehaltung des Systems in der bisherigen Form trat niemand ein. Im übrigen schieden sich zwei Richtungen: die eine, die das System zu einer Realschule umgestalten, die andere den entsprechenden Klassen der deutschen Oberschule gleichsetzen will. Einstimmig erklärte man sich für einen sechsjährigen Lehrgang in den wissenschaftlichen Fächern. Wünschenswert erschien der Mehrzahl die Angliederung der Frauenschule als 7. Schuljahr für alle die Mädchen, die keine andere weiterführende Anstalt besuchen.

Ein Einigkeit nach dem zehnten Schuljahr ist, um der Menge der Mädchen willen, die sich praktischen Berufen zuwenden, unerlässlich. Der Besuch des umgestalteten Lyzeums mit Oberstufe muß zur Universitätsreife führen. Einige war man auch in dem Wunsch, daß eine Entscheidung über die Reform des Oberlyzeums möglichst beschleunigt werde, sonst würden in der Uebergangszeit eine Reihe von Vollanstalten der weiblichen Bildung verloren gehen. Aus den Verhandlungen über die deutsche Oberschule ist hervorzuheben, daß eine besondere Ausprägung des Lehrplans allein für Mädchen abgelehnt wurde.

Der gemeinsame Unterricht für Knaben und Mädchen wurde im wesentlichen als eine Maßnahme der Zweckmäßigkeit betrachtet, zu der die wirtschaftliche Not zwingt. Eindringlich wurde von verschiedenen Seiten betont, daß die Durcharbeitung der besonderen pädagogischen Probleme, die eine gemischte Schule bewältigen muß, unbedingt notwendig sei, auch wenn man in ihr nicht das Ideal sähe.

Der Anfang, die ziemlich verworren liegenden Verhältnisse des höheren Mädchenschulwesens zu bessern und zu vereinfachen, ist also gemacht. Die Aussprache im Kultusministerium, die wertvolle Anregungen für die Unterrichtsverwaltung zurückließ, dürfte nicht umsonst gewesen sein, denn der

organisatorische Ausbau und die bessere pädagogische Gestaltung der Frauenbildung ist im Interesse unserer Jugenderziehung unumgängliche Notwendigkeit.

### Deutsches Reich.

Die erste Milliarde bezahlt. Die Reparationskommission veröffentlicht jetzt einen offiziellen Bericht, daß Deutschland bis zum 31. August die erste Milliarde voll kommen bezahlt habe.

Ueber die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen am Rhein ist eine endgültige Vereinbarung zwischen der Entente und Deutschland noch immer nicht getroffen worden, obwohl das prinzipielle Zugeständnis bereits vorliegt. Es handelt sich um die von der Entente beanspruchte Kontrolle der Waren, die unter Umständen noch lästiger werden kann, als der Rheinzoll, und gegen welche deshalb der deutsche Handel nachdrücklich protestiert.

Gefahren für die Lebensmittelversorgung. Bei der Beratung des Landwirtschaftsausschusses im Reichstags-Landtag wies der Abg. v. d. Osten (Dnt.) als Berichterstatter auf die großen Gefahren hin, die der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung im nächsten Jahre drohen. Der schlechte Anfall der Futterernte lasse befürchten, daß die reicheren Getreideernte zu einem Teil von den Landwirten veräußert werden würde. Der Berichterstatter forderte daher die Freigabe von Mais für Brennholzverkauf. Auch vor dem schnellen und reißenden Verkauf des Getreides müßten die Landwirte gewarnt werden; das noch vorhandene Getreide müsse den Gemeinden und Genossenschaften angeboten werden. — Abg. Peters-Hohdorn (Zos.) stellte fest, daß überall über das Umlageverfahren, das doch die Landwirte selber gefordert hätten, geklagt werde. Die Zahl der Schweine sei bereits wieder gefährlich hoch. Der Redner forderte ein Ausfuhrverbot für Lebensmittel und bessere Versorgung mit künstlichem Dünger.

Die Aufkündigung der Gemeinden in Steuerfragen. Der Finanzausschuss des Deutschen und Preussischen Städtetages beschäftigte sich mit der Stellungnahme der Gemeinden gegenüber der Reichsfinanzpolitik. Die Gemeinden sind geradezu in unhaltbaren Zustände gekommen, denen die neuen Steueretze nicht im mindesten Rechnung tragen. Der Städtetag erhebt mit großem Nachdruck die Forderung, daß den Gemeinden vor allem aus der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer, der Umsatzsteuer solche Beträge zugewiesen werden, daß sie ihre Aufgaben erfüllen können. Die Satzungen wurden dahin geändert, daß in Zukunft die Mitgliedschaft nicht auf die Städte beschränkt ist mit mehr als 25000 Einwohnern. Es sollen vielmehr auch Städte bis zu 10000 Einwohnern aufgenommen werden.

Ein riesiges polnisches Waffenlager wurde vor einiger Zeit in der großen Ziegerei in Bobrownik im Kreise Tarnobrzeg von den Engländern entdeckt. Es wurden 98 französische Gewehre vorgefunden, ferner 1300 Seitengewehre, 10 Rüstungen, 2000 Rüstungen, 2000 Handgranaten und zwei Rüstungen mit Dynamit, außerdem Feldtelefon, Ränder für Handgranaten, Leuchtpistolen usw. Der Pächter der Ziegerei, die übrigens seit längerer Zeit nicht mehr im Betrieb ist, ist polnischer Nationalität und hat sich am Aufstand auf polnischer Seite beteiligt. Einige Tage später wurde von den Engländern im Kreise Rastow, und zwar in Bottfob, ein weiteres riesiges Waffenlager der Polen entdeckt. Und zwar enthielt dies Gewehre, Maschinengewehre und 26 Rüstungen.

Danziger Staatsfrage deutsch. Der Danziger Oberkommissar des Völkerbundes hat in Auslegung der Artikel 22 und 23 der Danziger-polnischen Konvention eine Reihe neuer bemerkenswerter Entscheidungen über Sprache, Währung und den Eisenbahnverkehr im Freistaat gefällt. Er hat entschieden, daß bei allen Dienstwegen der polnischen Eisenbahnverwaltung im Verkehr mit dem Publikum oder Beamten und Arbeitern mit Danziger Staatsangehörigkeit die deutsche Sprache zur Anwendung kommen soll und daß alle Ausschristen auf den Eisenbahnstationen, Fahrplänen usw. im Gebiet der freien Stadt Danzig deutsch sein sollen. Ferner hat der Oberkommissar entschieden, daß, solange die deutsche Währung im deutschen Gebiet der freien Stadt Danzig zur Anwendung gelangt, alle Zahlungen, sowohl für den Fahrkartenver-

lauf, als auch für den Güterverkehr in deutscher Währung zu leisten sind. Die amtliche Währung im Freistaat bleibt die deutsche Mark. Bei der Besetzung von freien Stellen beim Eisenbahnpersonal muß nach der Entscheidung des Oberkommissars seitens Polens den Danziger Bürgern der Vorzug gegeben werden. — Der Oberkommissar des Völkerbundes, Sir Haking, hat sich zur Sitzung des Völkerbundesrates nach Genf begeben, wo er in der Vollversammlung am 9. und 10. September ein Bericht über Danzig erstatten soll.

Zum Burgfrieden in Oberschlesien. Vor einigen Tagen fanden im Kreise Lublitz Versammlungen der polnischen und deutschen Sozialdemokraten gemeinsam statt. In allen diesen Versammlungen erklärten die Polen, von jetzt ab in Oberschlesien mit den deutschen Sozialdemokraten gemeinsam und für den Anschluss an Deutschland zu arbeiten zu wollen. — Die ersten französischen Truppentransporte sind in Oppeln eingetroffen.

Bandenkämpfe an der polnischen Grenze. Die gefährlichste Lage im Kreise Kreuzburg noch immer ist, zeigt ein Bericht der Apo-Hunderterschaft Kreuzburg. Nach diesem Bericht haben die Polen von Kougrespolen her in der kurzen Zeit von zwölf Tagen dreimal mit härteren Banden versucht, über die Grenze in den Kreis Kreuzburg vorzudringen. Das erstmalig in der Nacht des 28. August bei Sandhauer im nördlichsten Teil des Kreises. Die polnischen Banden kamen von Corocuzin in Kougrespolen her. Dieser Ueberfall wurde abgewiesen. In derselben Nacht versuchten weiter westlich polnische Banden einen Ueberfall auf eine stärkere Apowasche. Auch hier mußten sich die Polen zurückziehen. Am 31. August erfolgte wiederum ein nächtlicher Ueberfall polnischer Banden auf die Quartiere der deutschen Aboeamten in Sandhauer. Auch dieses Mal konnten die Polen, dank der Wachsamkeit der deutschen Beamten, zurückgetrieben werden.

Der Mangel eines politischen Ehrenschutzes. dessen nunmehrigen Erlaß der Reichskanzler Dr. Wirth angekündigt hat, ist schon vor dem Kriege beklagt worden. Besonders in der Zeit der Wahlkämpfe ist es nicht selten zu schweren Verdächtigungen und Boshaftigkeiten politisch anders denkender gekommen, die auch wirtschaftliche Schäden im Besonderen gehabt haben. Wenn auch die politische Erregung mancherlei erklärt, so sollte es für alle Parteien eine Grenze geben, die nicht überschritten werden darf. Die politische Freiheit soll hochgehalten werden, aber nicht in Boshaftigkeit von anders Denkenden ausarten. Die Person und die Sache müssen streng von einander geschieden werden. Die Vergeltung von beidem schafft die Gefährlichkeit, von der wir zu allen Zeiten so bedauerliche Vorkommnisse erlebt haben, und die namentlich in kleineren Städten so unerträgliche Zustände herbeiführen können. Es wird gut sein, solche Prozesse wegen politischer Ehrabschneidung befugten Schwurgerichten zu überweisen.

Ein Mahnruf der ehemaligen Kriegsgefangenen. Auf dem dritten in Leipzig abgehaltenen Bundestag der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener wurde in einer Entschließung von den zwischen ihrer Bundesleitung und den Reichsbehörden getroffenen Vereinbarungen über den Ausgleich in der Wohnungsfrage Kenntnis genommen. Weiter heißt es dann in der Entschließung:

Es ist uns nicht leicht geworden, uns dieser Vereinbarung zu fügen, weil die in den Reihen der ehemaligen Kriegsgefangenen herrschende Not durch die so späte Rückkehr in die Heimat immer noch eine sehr große ist. Auch haben wir Kriegsgefangenen die nur teilweise Auszahlung des uns als Soldaten zustehenden Soldes von jeder als ein Reichden annehmen müssen, daß man uns als Soldaten zweiter Klasse betrachtet hat. Wir wurden an der Front und nicht in der Etappe gefangen genommen. Wir wollten aber die von der Regierung vorgeschlagene Lösung deshalb annehmen, weil wir in der Zeit, wo die innere Einheit unserer Heimat aufs schwerste durch Parteiführer gefährdet ist, nicht zu denen gehören wollen, die unserem Volke Schwierigkeiten machen. Wir haben in der Not der Gefangenschaft gelernt, daß nur kameradschaftliches Zusammenhalten und opferwilliger Gemeinschaftssinn zum Ziele führen. Das möge auch unserem Volke ein Leitstern sein. Die aber, die in unserer Heimat auf unredlichem Wege sich während des Krieges und der

Revolution unsinnige Gewinne erworben haben, müssen sich ein Beispiel an unseren ehemaligen Kriegsgefangenen nehmen, die willig auf ihre Rechte verzichtet haben, die ihnen eigentlich zusteht.

Die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei. Die Reichstagsfraktion und der Vorstand der preussischen Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei nahmen in einer sehr stark besuchten Sitzung Stellung zu den politischen Ereignissen der letzten Tage. Die Anwesenden billigten einstimmig die bekannten, von den Abg. Dr. Steffemann und Prof. A. H. v. abgegebenen Erklärungen über die Notwendigkeit einer gleichmäßigen Anwendung der neuen Ausnahmestimmungen auch gegen die radikale Linke und gegen jede Nebenregierung nicht verfassungsmäßige Organe. Die Partei verwahrt sich insbesondere auf das Schärfste gegen die systematische Unterdrückung würdiger Feiern nationaler Gedenktage und den Terror der Strafe, demgegenüber die Polizeigewalt vollkommen versagte, und forderte sofort Abhilfe. Die vorgekommenen Fälle von Vergewaltigungen haben die Fraktion zu einer Interpellation über die Stellung der Reichsregierung zu der Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten veranlaßt.

Das Wiesbacher Tagblatt. In Wiesbaden ist Dienstag die Nr. 1 Jahrgang 1 des „Wiesbacher Tagblatts“ im Verlag von Paul Wolff erschienen. Das Blatt hat das Format und die Aufmachung des Wiesbacher Anzeigers, der sein Erscheinen eingestellt hat und verkauft worden ist.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat tritt am 12. September zu einer Plenarsitzung zusammen. Da dem Plenum außerordentlich reichhaltiges Material vorliegt, werden sich die Sitzungen über den Zeitraum von einer Woche erstrecken. An erster Stelle stehen die Beratungen über die neuen Steuergesetzentwürfe, die von dem Reparationsausschuß und seinen Arbeitsausschüssen zurzeit bearbeitet werden. Das Plenum wird sich außerdem mit der Schlichtungsordnung, dem Arbeits-Nachweis-Gesetz und dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Lohnstatistik zu befassen haben; weiterhin mit der Regelung der Arbeitszeit im Stein- und Bschophlenbergwerk. Auf der Tagesordnung steht die Wahl des zweiten stellvertretenden Vorsitzenden und eine größere Anzahl von Anträgen. Wie verlautet, wird Minister Rathenau dem Reichswirtschaftsrat über die Wiesbacher Verhandlungen berichten.

Der parlamentarische Beirat im besetzten Gebiet. Im Kölner Regierungsbäude fand eine Sitzung des parlamentarischen Beirats des Reichskommissars für die besetzten Rheingebiete statt. Zur Besprechung stand eine neuerliche Erweiterung des parlamentarischen Beirats um weitere neun Mitglieder und die Aufhebung der militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen. Einstimmig wurde die völlige Aufhebung gefordert und Einspruch gegen eine etwaige Einmischung der Alliierten in die Tätigkeit der deutschen Ein- und Ausführbehörden erhoben. Im weiteren Verlauf der Besprechung wurde die Reichsregierung dringend gebeten, weiterhin mit allen Mitteln zur Milderung der Wohnungsnot besonders im französisch besetzten Gebiet beizutragen.

Behördliche Buchergeschäfte. Auf eine Anfrage erklärte Oberlandforstmeister vom dem Busche im Hauptauschuß des Preussischen Landtages, daß die Stadt Berlin 300 000 Raummeter Holz zu 20 bis 25 Mark aus Staatsforsten erhalten habe, und daß dieses Holz für 70 bis 80 M., teilweise sogar noch teurer, an die Verbraucher abgegeben worden sei.

Gegenüber allerlei Andeutungen in und ausländischer Zeitungen läßt die Reichsregierung jetzt erklären, daß sie der Amerikareise Maximilian Gardens völlig fernstehe.

Der Deutsche Offiziersbund, der Nationalverband deutscher Offiziere und der Reichsoffiziersbund 1920 haben beim Reichspräsidenten gegen das Verbot des Tragens von Uniformen seitens verabschiedeter Offiziere Verwahrung eingelegt.

Die englische Regierung beabsichtigt, ein englisches Vizekonsulat in Stuttgart zu errichten und mit der Wahrnehmung der Geschäfte den bisherigen großbritannischen Vizekonsul in Berlin, Hauptmann John Bowering, zu betrauen.

Am Dienstag tagte in der Münchener Technischen Hochschule die ordentliche Hauptversammlung der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftfahrt unter Vorsitz von Geheimrat Schütte.

Der Vorkasterrat hat den Protest der Reichsregierung gegen das Verbot des Fliegens im besetzten Gebiet und in der neutralen Zone zurückgewiesen. Das Ueberfliegen des besetzten Gebietes und der neutralen 50-Kilometer-Zone bleibt also untermagt.

Die unabhängige „Leipziger Volkszeitung“ ist als Publikationsorgan der Amtshauptmannschaft Leipzig bestellt worden.

In Freiburg wurden zwei Personen verhaftet, die zwar nicht als Täter, aber als Mitgeschäftliche des Mordes an Erzberger in Frage kommen sollten.

Die kommunistische Zeitung „rote Fahne des Ostens“ (Königsberg) ist verboten worden.

Im Danziger Hafen ist das englische Geschwader eingetroffen. Es besteht aus vier kleinen Kreuzern und neun Torpedobootsleuchtträgern.

Der preussische Landtag ist endgültig auf den 28. September einberufen worden.

Der amerikanische Multimillionär John Piermont Morgan hat längere Zeit unerkannt in Berlin gewelt.

### Ausland.

#### Deutsch-Österreich.

Österreichischer Achtmilliarden-Kredit. Die Regierung wird in der parlamentarischen Finanzkommission einen Kredit von acht Milliarden Kronen beantragen. Die erwarteten ausländischen Kredite werden nicht pünktlich eintreffen können. Die Berichte über die Verhandlungen des österreichischen Finanzministers in Paris und London und mit dem Völkerbund in Genf lauten nicht ungünstig. — Die österreichischen Beamten wollen neue Lohnforderungen stellen.

Der Streit um das Burgenland dauert immer noch an. Die österreichische Reichswehr vermochte zwar die in Kirchschatz eingedrungenen Ungarn zurückzutreiben, doch haben die Ungarn an der Grenze noch auf österreichischer Seite Schützengraben ausgehoben und sich dort festgesetzt. An der ganzen Grenze des Burgenlandes finden andauernd kleinere Gefechte statt.

#### Polen.

Der Zusammenbruch der polnischen Finanzen. Der polnische Finanzminister Stężkowski hat sein Abschiedsgesuch eingereicht. Die „Times“ melden aus Warschau, daß dort in den leitenden Kreisen eine Art Panik über den augenblicklichen Stand der polnischen Finanzen entstanden sei. Die Lage sei schlecht, das Land werde von einem Streik nach dem andern ergriffen, vor allem infolge der ungeheuren Steigerung der Kosten für die Lebenshaltung, was von kommunistischen Agitatoren voll ausgenutzt werde. Die polnische Regierung plane jetzt die Berufung eines amerikanischen Finanzsachverständigen.

#### Rußland.

Massenhinrichtungen in Moskau. Der Östlichen Telegraphenagentur wird aus Moskau mitgeteilt, daß im Zusammenhang mit der im Juli aufgedeckten antibolschewistischen Verschwörung 72 Personen erschossen seien, darunter der Sohn des Professors Taganzew, Oberst Schweder, Senator Manuchin, Prof. Pasarewski, Kooperator Kastrov. Die aufgedeckte Verschwörung rief in Petersburger und Moskauer Regierungskreisen eine Panik hervor. Alle Kommunisten sind mobilisiert, auf den Straßen laufen Patrouillen, die öffentliche Stimmung gleicht einem Pulverfaß, in welches jeden Augenblick der Funke fallen kann.

#### Schweiz.

Zum Präsidenten der Völkerverammlung in der zweiten Vollversammlung wurde der holländische Minister des Äußern van Karnebeek gewählt. Der neue Präsident dankte in einer mit großem Beifall aufgenommenen Rede für seine Wahl, die er auch als Sympathie- und Anerkennung für sein Vaterland bezeichnete. Weiter gedachte er der Verdienste seines Vorgängers, des belgischen Delegierten Simons. Er führte aus, daß die vorige Völkerverversammlung die Grundlage zum Völkervertrag gelegt habe und diese Vollversammlung jetzt an die eigentliche Aufgabe herantrete. Die Wahl des Vizepräsidenten wurde nach längerer Debatte auf Grund eines Antrages von Branting (Schweiden) vertagt, weil im vorigen Jahre erst die Kommissionspräsidenten gewählt wurden und dann aus ihren Reihen die Vizepräsidenten aus der Vollversammlung.

#### Frankreich.

Eine neue interalliierte Finanzkonferenz. Die französische Regierung hat der englischen Regierung offiziell mitgeteilt, daß Frankreich die Uebereinkunft vom 13. Aug. über die Verteilung der ersten Milliarde nicht ratifiziert hat. Der englische Schatzkanzler Horne hat darauf dem französischen Finanzminister Doumer mitgeteilt, daß er ihn am nächsten Freitag empfangen könnte, an welchem Tage wahrscheinlich die Besprechungen über eine Revision dieser Uebereinkunft beginne. Die englische Presse hofft, daß man ohne große Schwierigkeiten zu einer Uebereinkunft kommen werde.

Clemenceau tritt wieder auf den Plan. Clemenceau, der sich angeblich ganz vom politischen Leben zurückziehen wollte, wird bald wieder eine politische Rede in der Bende halten. Hierbei wird er hauptsächlich die Verteidigung der Versailler Verträge behandeln. Havas meldet, daß im November in Bordeaux eine neue Clemenceauphase zeltung erscheinen wird, für die Cordier und Mandel die vornehmsten Mitarbeiter sein werden.

Die Entente und der deutsch-amerikanische Friede. Wie der „Intransigent“ mitteilt, ist am Quai d'Orsay eine Note der Vereinigten Staaten eingegangen, in der mitgeteilt wird, daß die amerikanische Regierung es mit Genugtuung sehen würde, wenn die alliierten Mächte schriftlich und in möglichst kurzer Frist den deutsch-amerikanischen Friedensvertrag anerkennen würden.

#### England.

Der britische Gewerkschaftskongress. Der Gewerkschaftskongress wurde in Cardiff eröffnet. 850 Delegierte, die über sechs Millionen Mitglieder vertreten, nahmen an der Sitzung teil. Der Vorsitzende erklärte sich gegen die Revolution durch Gewalt und sagte, die große Mehrheit der Arbeiter sei für eine friedliche Entwicklung

Zur Arbeitslosenfrage erklärte der Vorsitzende, die bestehende Arbeitslosigkeit verurteile schon allein die gegenwärtigen Zustände. Die augenblicklichen Zustände des Handels, der Wirtschaft und der Gesellschaft müßten beseitigt werden und andere, die auf Gerechtigkeit begründet seien, müßten an ihre Stelle treten. Zur Frage der Internationalen erklärte er, die Notwendigkeit, zu einer Verständigung mit den Arbeitern aller Nationen zu gelangen, sei größer als je.

Der englisch-irische Konflikt. Die allgemeine Ansicht in den politischen Kreisen Londons ist gegen einen Abbruch der Verhandlungen mit Irland. Man nimmt an, daß die englische Regierung die letzte Erklärung des Valeras beantwortet wird, wobei jedoch ein energischer Ton angeklungen werden wird. Die Kommentare der Blätter sind optimistisch gehalten. In gewissen Kreisen Dublins befürchtet man, daß in etwa 10 Tagen neuerdings Unruhen in ganz Irland ausbrechen werden. Die Milderer treffen eifrig Vorbereitungen, aus denen sich schließen läßt, daß man in Nord-Irland nicht mehr an die Wiederaufnahme der Verhandlungen glaubt.

#### Türkei.

Der Fall Ankaras. In Paris und London sind neue Meldungen aus Athen eingetroffen, die die Nachricht der griechischen Völkerbundsdelegation von der Einnahme von Angora durch die griechische Armee bestätigen. Wie Havas meldet, habe der Kampf zehn Tage mit äußerster Heftigkeit getobt und auf beiden Seiten große Verluste verursacht. Die Türken, die an Zahl weit unterlegen waren, hätten bis zum letzten Augenblick Widerstand geleistet und eine Reihe von Gegenangriffen ausgeführt.

#### Indien.

Der indische Aufstand. Madras Mall\* erzählt, daß ein Ultimatum an die Aufständischen an der Malabar-Küste geschickt wurde, worin ihre Uebergabe innerhalb 48 Stunden verlangt wird. Mehr als dreihundert aufständische Moplads sind in Tiruz und Umgebung gefangen genommen worden. Sie wurden vom Kriegsgericht zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt wegen Plünderungen, Beschädigungen von Eisenbahnlinien usw.

#### Marokko.

Die Lage der Spanier in Marokko erscheint sehr bedrohlich. Die Spanier melden zwar, daß die Mauren die spanischen Stellungen bei Mezmita mit Handgranaten heftig angegriffen haben, aber von den Legionären zurückgeschlagen wurden. Zu gleicher Zeit haben die spanischen Batterien die marokkanische Artillerie bei Curagew zum Schweigen gebracht, die auf einen Transport schiff, der nach Casablanca marschieren. Von französischer Seite wird dagegen berichtet, daß auch General Navarro in die Hände der Mauren gefallen sei und daß die Aufständischen auf den Höhen von Nador, 10 Kilometer von Melilla, ihre Geschütze in Stellung gebracht hätten. Die Meldungen sind aber noch nicht bestätigt. Die Spanier geben selbst zu, in den letzten Gefechten 250 Mann Verluste gehabt zu haben.

#### Chile.

Chile tritt aus dem Völkerverbund aus? Wie der „New York Herald“ mitteilt, besteht die Gefahr, daß sich auch Chile, wie im letzten Jahre Argentinien, vom Völkerverbund zurückziehe, wenn der chilenisch-bolivianisch-peruanische Streitfall auf die Tagesordnung des Völkerverbundes gesetzt werden sollte.

Einige sozialistische holländische Deputierte haben beschlossen, die holländische Regierung zu interpellieren bezüglich der kürzlich von dem Kaiser Wilhelm an seine Anhänger in Deutschland gerichteten Telegramme.

In Helsingfors erzählen Flüchtlinge, daß die Gräfin Tolstol, Tochter des berühmten Schriftstellers, die Mitglied des Allrussischen Komitees ist, verhaftet wurde.

Der Kronprinz von Japan ist von seiner Europareise in Tokio wieder eingetroffen und hat ein Manifest an das japanische Volk gerichtet.

Der Präsident des amerikanischen Arbeitervereins, Gompers, erklärte, daß die Zahl der augenblicklich in den Vereinigten Staaten Arbeitslosen ungefähr sechs Millionen beträgt.

### Die Postbestellung auf dem Lande.

Veranlaßt durch dringende Beschwerden des Stormarnschen Landbundes, war der Reichslandbund bei dem Reichspostminister wegen der Postbestellung auf dem Lande und zwar besonders wegen der Sonntagsgabe Stellung vorstellig geworden. In weiten Kreisen des Landvolkes hatte der Eindruck entstehen müssen, daß man die Sonntagsgabe lediglich auf dem Lande einschränke, sie aber in den Städten unverändert fortbestehen lasse. Demgegenüber war auf die Tatsache zu verweisen, daß auf dem Lande am Sonntag genau soviele Post zu bestellen ist wie am Sonnabend. Auf die Eingabe hat sich inzwischen der Reichspostminister u. a. wie folgt geäußert:

Die sich immer schwieriger gestaltende Wirtschaftsfrage des Reiches zwingt zur Vermeidung aller nicht unbedingt notwendigen Ausgaben. Unter diesem Gesichtspunkte und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der Postverkehr im Laufe der Zeit zurückgegangen ist, findet eine Einschränkung

der Postleistungen da statt, wo das Verhältnis zu den Aufwendungen nicht mehr im richtigen Verhältnis steht. Von diesen Einschränkungen ist auch die Landbestellung an den Sonntagen betroffen worden, die in der Vorkriegszeit einen beträchtlichen Umfang angenommen hatte, weil die Kostenfrage damals nicht so sehr in den Vordergrund gestellt zu werden brauchte. Die Regelung dieses Dienstes wird indessen ausschließlich von der Lehrerschaft bestimmt, d. h. wo der Verkehr es erfordert, wird auch heute noch die Sonntagsgabe nach Landorten ausgeführt. Infolge des Krieges und des wirtschaftlichen Niederganges ist bei einer Reihe von Postagenturen der Verkehr so zurückgegangen, daß die Kosten für die Unterhaltung der Postagenturen ihr Weiterbestehen nicht mehr rechtfertigen. Es hat sich daher nicht umgehen lassen, eine Anzahl dieser Verkehrsanstalten aufzuheben. Um die darauf für die in Betracht kommenden Gemeinden Versorgung möglichst zu mildern, werden, wenn irgend möglich, Postfilialstellen mit Telegraphenbetrieb anstelle der zur Aufhebung kommenden Postagenturen eingerichtet; die durch den unglücklichen Ausgang des Krieges der Postverwaltung aufgezwungenen Ersparnismaßnahmen treffen das flache Land und die Städte in gleicher Weise.

Auf dem Lande wird man überall leicht zu einem zureichenden Urteil darüber kommen, ob die Größe des Verkehrs die Sonntagsgabe auch heute noch erfordert. Wo man dies glaubt annehmen zu müssen, wird sich eine Eingabe an die zuständige Oberpostdirektion empfehlen. Im Falle der Ablehnung wäre dann noch die Beschwerde bei Reichspostminister gegeben.

### Das Sprengkulturverfahren

ist in seiner vielseitigen praktischen Verwendungsmöglichkeit in der Landwirtschaft noch viel zu wenig bekannt, sodaß es durchaus angebracht ist, einiges darüber zu veröffentlichen. Wenn von Sprengen die Rede ist, so denkt man stets zunächst an Baumstumpfenausroden. Das ist nicht so ganz mit Unrecht. Das ist die am meisten gehandhabte Art die Sprengkraft in Dienst der Landwirtschaft zu stellen. Entwässerungsanlagen werden bei den regenarmen Jahren 1920 und 1921 seltener notwendig sein. Aber beim Brunnenbau hat das Sprengverfahren gute Dienste geleistet und versagt nur, wenn starke wasserhaltige Tonsschichten zu durchbrechen sind. Sobald es aber möglich ist, unter dieselben einen Schuß anzubringen, ist auch dabei erfolgreiche Arbeit zu leisten. Ausschlaggebend ist immer wie der Schuß gesetzt wird, das heißt, ob das Vohsloch fest oder locker zugestampft wird. Daß das eine immerhin nicht ungefährliche Arbeit ist, leuchtet ein und darf nur von geübten und erfahrenen Sprengtechnikern ausgeführt werden.

Die Herstellung von Baumlöchern ist gerade jetzt bei dem trockenen Erdreich am wirkungsvollsten, andererseits mit Handarbeit kaum zu bewerkstelligen, eben durch die Trockenheit. Wo nur irgend zugänglich, sollte Herbstpflanzung vorgezogen werden, vor allem bei Obstpflanzung. Wenn die Sprengung mit sog. Sicherheitssprengstoff auch in der Hauptsache die Rodarbeiten leisten wird, so kann z. B. bei Abbrucharbeiten, Umlegen alter Zementmauern etc. nicht immer darauf verzichtet werden.

Wie sich im Leben eins nicht für alle schick, wird auch die Sprengarbeit, wo und wie sie gehandhabt wird, von der Intelligenz und Tüchtigkeit des Sprengmeisters im Wesentlichen abhängen.

Soviel steht fest, daß auf dem Obstbaugelände das Sprengverfahren eine große Zukunft hat. Alle Bäume welche an Wipfeldürre oder an Bodenmüdigkeit leiden, bekommen neue Vegetationskraft nach wirkungsvoller Tieflockerung, mit der eine gründliche Düngung verbunden werden kann. Es sind damit bisher ganz überraschende Resultate erzielt worden.

Den Jagdliebhaber mag es interessieren, daß man mit Sprengverfahren schwer zugängliche Fuchsbauten freilegen kann.

Das allerneueste Sprengverfahren mit flüssiger Luft ist noch nicht über die Vorarbeiten hinausgekommen, bis das Allgemeingut wird, müssen wir beim alten bleiben und mit Sprengstoff, Schnur und Zünder arbeiten.

R. Schnell, Naftätten.

### Heimatliches.

Naftätten, 9. September 1921.

Landwirtschaftliche Frauenschule. Die Landwirtschaftskammer des Regierungsbezirks Wiesbaden hat die Absicht, an der landwirtschaftlichen Frauenschule zu Bad Weilburg bei Flörsheim a. M. einen Versuch mit der Ausbildung von einfachen Landmädchen zu Lehrerinnen der landwirtschaftlichen Haushaltungskunde zu machen und sind die Unterhandlungen soweit gediehen, daß am 1. 10. ds. Js. der Seminarunterricht beginnen kann. Aufgenommen werden 10—12 Mädchen mit Volks- oder Mittelschulbildung, die vom Lande stammen, auf eine mehrjährige praktische Tätigkeit zurückblicken können, das 20. Lebensjahr vollendet haben und sich einer Aufnahmeprüfung unterziehen, in der festgestellt werden soll, ob die Anwärterinnen hinsichtlich der allgemeinen Eibung gewisse Mindestforderungen erfüllen. Es ist weiter beabsichtigt, von Anwärterinnen mit Volksschulbildung den einjährigen Besuch einer Haushaltungsschule zu verlangen, doch soll in einzelnen Fällen private Weiterbildung, die in der

Aufnahmeprüfung als ausreichend nachgewiesen wird, als gleichwertig betrachtet werden. Die Ausbildung im Wanderlehrerinnenseminar ist zweijährig gedacht und zwar soll im ersten Jahr bei möglichst individueller Behandlung der Schülerinnen vor allem eine Förderung der Allgemeinbildung angestrebt werden und im zweiten Jahr dann die reine Seminarbildung sich daran anschließen. Die Anforderungen würden sich alsdann hiernach und im Sinne der ministeriellen Ausbildungsbestimmungen für Lehrerinnen der landwirtschaftlichen Haushaltungswissenschaften wie folgt stellen: 1. Volks- oder Mittelschulbildung, 2. Herkunft vom Lande, 3. Zurückgelegtes zwanzigstes Lebensjahr, 4. Bei Volksschülerinnen mindestens einjähriger Besuch einer landwirtschaftlichen Haushaltungsschule bezw. gleichwertige private Weiterbildung, 5. Zweijähriger Besuch des Seminars mit Abschlußprüfung zur Lehrerin der landwirtschaftlichen Haushaltungswissenschaften, 6. 1 Probejahr, 7. 6 Monate Ausbildung in Kranken- und Säuglingspflege oder in praktischer Nadelarbeit. Für die Ausbildung zu 5 wird pro Jahr ein Schul- und Kostgeld von 6800 Mark erhoben. Im Probejahr (6) finden die Berufswärterinnen völlig freie Station, in den Krankenhäusern und Säuglingsheimen (7) zweifrei freier Unterricht, freie Verköstigung und Wohnung. Was die Einkommens- und Anstellungsverhältnisse anbetrifft, so wird in einem Erlass des Herrn Landwirtschaftsministers vom 20. April ds. Js. — J. A. II. o. Nr. 719 II — bestimmt, daß den Wanderhaushaltungslehrerinnen die gleichen Bezüge wie den höheren Lehrkräften zustehen; das ist nach dem Beamtenbesoldungsgesetz vom 17. Dezember 1920 Gehaltsklasse VII. Landmädchen, die hiernach gewählt sind den Beruf einer Haushaltungslehrerin zu ergreifen, wollen sich alsbald beim Herrn Direktor der Pflanzschule in Raßdalen melden, woselbst auch die näheren Bedingungen eingesehen werden können.

Bei dem großen Mangel an Gemüse zum Einwintern dürfte es angebracht sein, darauf hinzuwirken, daß jetzt noch Spinat zur Frühjahrs-ernte ausgepflanzt werden kann. Abgeerntetes Karbottel- oder Bohnenland wird rauh mit Dung umgegraben, tüchtig mit Jauche oder Wasser begossen und erst, wenn abgetrocknet, eingeebnet und besät. Spinatpflanzen werden nach dem Einhacken fest angeklopft. Die Reifenzeit ist vorzuziehen. Wo Jauche gegeben wird, muß nach dem Aufgehen der Saat beim nächsten Regen auch Kali gereicht werden. Man rechnet pro Quadratmeter etwa 20 Gramm. Anfang Oktober kann in geschützten Lagen sogar Möwensgemüse gepflanzt werden. Weil zum Frühjahr auch Blattgemüse sehr begehrt ist, sollte man, wo angängig, die Strünke des Wintergrases stehen lassen; diese treiben bei Beginn der neuen Vegetation sprossen, die in gemäßigtem Klima ein wohlschmeckendes Frühgemüse liefern.

Sportliches. Der Sportverein Raßdalen wird kommenden Sonntag in Delöberg weilen, wo er mit seiner 1. Mannschaft gegen die gleiche von Delöberg sein erstes Wettspiel austragen wird. Um 3 1/2 Uhr Spielbeginn. Der Kampf wird von allen Sportfreunden mit Spannung erwartet, soll es doch einen Vorgeschmack abgeben, wie unser junger Verein bei den kommenden Verbandsspielen abschneiden wird.

Ein heiteres Späthchen passierte dieser Tage den Teilnehmerinnen an dem vorjährigen Zuschneidkursus der Firma Reinhold Langloß-Franfurt a. M. Nachdem sämtliche Teilnehmerinnen ihre 120 Mark bezahlt haben, wird ihnen jetzt noch ein Restbetrag von 70 Mark u. s. w. angefordert. Vermutlich hat die letzte Lehrerin diese Beträge unterschlagen.

Buch, 9. Sept. Am kommenden Sonntag, den 11. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr, hält der Bienezüchterverein für Raßdalen und Umgebung im Gasthaus „Zur Rose“ dahier eine Monatsversammlung ab. Hierzu ergeht an die Mitglieder nochmals die Einladung zu vollzähliger Erscheinung. Solche, die der Bienezucht Interesse entgegen bringen und Nichtmitglieder des Vereins sind willkommen. Anschließend an die Versammlung soll eine Besichtigung der Bienenstände stattfinden, die sicher von Interesse sein dürfte.

Miehlen, 7. Sept. Der Turner Otto Groß von hier errang bei dem Bergfest auf der Loreley unter starker Konkurrenz in der Unterstufe den 20. Preis.

Ruppertshofen, 9. Sept. Am Sonntag, den 4. September, unternahm der hiesige Turnverein eine Turnfahrt nach der Loreley. Der Turner Karl Stein, welcher sich im vollstimmlichen Wettturnen beteiligte, errang im Fünflampf den 25. Preis. Gut Heil!

Wiesbaden, 8. Sept. Einen Tag nach der Hochzeit erlag hier ein junger Mann einem Gehirnschlag.

Wiesbaden, 8. Sept. Der starke Fremdenbesuch in Wiesbaden hält weiter an, die Zahl 100000 ist schon bedeutend überholt. Bis zum 3. September wurden hier an der amtlichen Zählstelle gemeldet insgesamt 101233 Fremde, davon waren als Kurzgäste gemeldet 30022 und als Passanten 71211.

Ufingen, 7. Sept. An Stelle des zurückgetretenen mehrheitssozialistischen Landrats Marggraf beabsichtigen die bürgerlichen Vertreter des Kreistages Herrn von Heusinger als Landrat des Kreises Ufingen in Vorschlag zu bringen. Die Wahl findet in der nächsten Woche statt. Gegen diese Kandidatur erhob am letzten Sonntag

gelegentlich der Demonstration für die Republik die gesamte Arbeiterschaft des Kreises einmütig Einspruch.

Soden, 7. Sept. Einen schweren Verlust erlitt die Landwirtin Witwe Dingens von hier, der zwei Pferde im Werte von 25—30000 M verendet sind. Man glaubt, daß die Tiere von einem sogenannten „Lebensbaum“ gestressen und sich dabei den Tod geholt haben.

Herborn, 7. Sept. Im Kalksteinbruch von Bonner-Viden wurde die Leiche eines jungen Mannes namens Weh aufgefunden. Der Verunglückte war erst vor einigen Tagen aus der Gefangenschaft heimgekehrt.

Niedernhausen, 8. Sept. In der Nacht zum Mittwoch wurde aus einer hiesigen Villa durch Einbruch Wäsche und Silbergegenstände im Gesamtwerte von mehr als 400 000 Mark gestohlen. Als mutmaßliche Täter kommen drei Personen in Frage, die am Mittwoch nachmittag in einem Auto in Schiffsform nach dem Bahnhof Niederzosenbach fuhren und dann leer zurückkehrten.

Bad Ems, 7. Sept. Der Kurbetrieb in der Stadt hat sich seit den Friedenszeiten wesentlich verschoben. Der Friedensbestand betrug 23 000 Personen. Während des Krieges weilt hier 12 000 im Jahre 1916, 15 000 im Jahre 1918 und nur 6 000 im Jahre 1919. 1920 stieg die Zahl der Gäste wieder. Ganz auffällig ist jetzt der geringe Besuch aus dem nördlichen Deutschland. Früher war Ems ein Fremdenort für wirklich kranke Leute, jetzt weilt der größte Teil der anwesenden Personen — Ausländer — zum Vergnügen hier.

Weylar, 7. Sept. Die Eröffnung der Teilstrecke Stodhausen (Lahn) — Almdorf (Kr. Weylar) hat am 1. Sept. stattgefunden. Vorkaufsrecht verkehren zwei Paar gemischte Züge.

Sachsenburg, 8. Sept. In Pufchen vermißte ein Einwohner seit Tagen ein Huhn. Jetzt fand man zum großen Erstaunen im Garten in einem großen Kürbis das Huhn mit sieben Küchlein vor. Das Huhn hatte sich den Kürbis als Brutstätte selbst ausgehöhlt.

Vermischtes.

Schloß Doorn im Drahtverhan. Neuer meldet aus Doorn, daß das Haus des Kaisers Wilhelm mit Stahldrahtverhan umgeben worden ist, angeblich, um den Kaiser zu hindern, aus Doorn zu flüchten.

Deutscher Mietertag in Dresden. Der 16. Deutsche Mietertag trat in Dresden zusammen, um zu den schwebenden Wohnungsfragen Stellung zu nehmen. In umfassenden Referaten wurden neue interessante Vorschläge zur Milderung der Wohnungsnot gemacht. Folgende Entschlüsse wurden angenommen: „Die zum 16. deutschen Mietertag versammelten Vertreter der deutschen Mietervereine fordern von der Reichsregierung und vom Reichstag unbedingte Aufrechterhaltung der Wohnungsnotstandsgesetzgebung und weiteren Ausbau des Wohnungswirtschafts- und Wohnungswirtschaftsgesetzgebungsrechts. Ein Reichsmietengesetz oder ein Mietererleichterungsgesetz, welches den Abbau der Wohnungswirtschaft einleitet, wird von der Mieterenschaft aufs schärfste bekämpft werden. Die Mieter fordern energische Förderung aller Maßnahmen, welche die Gemeinwirtschaft im Wohnwesen zum Ziele haben. Die Not des Volkes fordert Unterbindung jeder Spekulationswirtschaft im Wohnwesen. Die organisierte Mieterenschaft warnt die Regierung und die Volksvertreter eindringlich vor einem Nachgeben gegenüber einer kleinen, aber kapitalkräftigen und einflussreichen Interessentengruppe. Wird diese Forderung nicht beachtet und der bedrängten Mieterenschaft damit die Hoffnung auf eine Befreiung unseres Wohnwesens genommen, so lehnt die organisierte Mieterenschaft die Verantwortung für die Folgen ab.“

Auf der Spur von Erzbergers Mördern. Im Personenzug Albern—Freiburg wurden am 29. August zwei junge Leute beobachtet. Ihre Beschreibung stimmt mit den von der Staatsanwaltschaft Offenburg gemachten Angaben überein. Die beiden letzten ein unsicheres Benehmen an den Tag, besonders fiel der jüngere von ihnen dadurch auf. Den Schnellzug nach Berlin musterten sie mit einiger Behmut, wie sie denn auch der Ansprache nach Berlin zu sein schienen. Sie stiegen in Freiburg aus, hatten keinen Proviant und waren ortsunkundig, da sie eine Landkarte benutzten. Dem Ansehen nach hatten sie mehrere Tage im Freien genächtigt. Sie sprachen miteinander nur wenige Sätze. So sagte der eine „Nah Berlin sein.“ In Freiburg studierten sie den Fahrplan der Züge nach Basel.

Blutrausch. Die Aufdeckung von immer neuen Massenmorden ist eines der entsetzlichsten Kennzeichen unserer Zeit, in der sich diese Verbrechen so häufig haben, die ja leider auch vor dem Kriege, aber doch nur vereinzelt vorkamen. Ist es nur Mordlust oder auch krankhafte Veranlagung, die in der Verübung von solchen Taten zusammenkommen? Jedenfalls ist eine abnorme Veranlagung nicht unbedingte Bedingung für die Verübung von solchen Verbrechen, der Blutrausch entwickelt sich von selbst, auch bei Volksmassen. Denken wir an die Zuschauer bei den Hinrichtungen der großen französischen Revolution, denen die Frauen strumpfleidend beizuwohnen! Seltener Zeit der „großen Detektive“ ist es, daß diese so viel berühmten Kavaalitäten bei der Verfolgung von solchen Kapitalverbrechen vollständig versagen. Man sollte meinen, die Detektive würden sich bei dem häufigen Verschwinden von Menschen sofort auf die

Spure suchen, aber wenn die Verurteilung nicht ermittelt, kommt nichts heraus.

Zurückgekaufter Dampfer. Der früher zur Hamburg-Amerika-Linie gehörige Dampfer „Babilia“, der an die Entente ausgeliefert werden mußte, ist nach Hamburg zurückverkauft worden. Der Dampfer ist 6930 Brutto-Registertonnen groß. Auch der zur Ablieferung gekommene ehemalige Dampfer „Hersfeld“, 4487 Brutto-Registertonnen groß, ist wieder in hamburgischen Besitz übergegangen. Er wird mit einer Ladung Kohlen aus England in Hamburg erwartet. Die Nordische Handelsgesellschaft, Hershfeld, H. m. b. H., die erst kürzlich das von der Entente zurückgegebene Hamburger Vollschiff „Lappenbed“ ankaufte und diesem den Namen „Tamar 12“ gab, hat neuerdings mehrere Dampfer erworben, von denen der erste jetzt auf der Elbe fähig ist.

Naubüberfall auf einen fahrenden Zug. Auf der Bahnst. des Spätzuges Alzey—Bingen wurde zwischen Gensingen und Riedesheim durch unbekannte Räuber ein Überfall verübt. Der Postbeamte wurde beschossen. Als der Zug durch die Notbremse zum Stehen gebracht wurde, sprangen die Täter ab und entkamen. Der Naubüberfall war mißglückt, niemand wurde verletzt.

Verdächtige Dynamittransporte. Kriminalbeamte nahmen in Hamburg drei junge Burken fest, die in Paketen 28,5 Kilogramm Dynamit bei sich trugen, und außerdem noch drei Helfershelfer, die mit dem Transport in Verbindung standen. In der Wohnung der Verhafteten wurden später noch 16 Kilo Sprengstoff und 300 Sprengkapseln beschlagnahmt. Die drei Täter haben die Sprengstoffe von Arnsberg in Westfalen nach Hamburg gebracht. Dort sind, wie die sofort benachrichtigte Kriminalpolizei mitteilt, noch weitere Helfershelfer verhaftet worden, bei denen 10 Kilogramm Sprengstoff und 100 Sprengkapseln gefunden wurden, die in einer Kiste gestohlen wurden. Die Festgenommenen wollen teils nicht gewußt haben, daß es sich um gefährliche Sprengstoffe handelt, teils verweigern sie der Polizeibehörde gegenüber die Aussage.

Ausführeitungen in Helmstedt. In Helmstedt ist es anlässlich der Wucherdemonstration zu Ausführeitungen der Demonstranten gegenüber der Stahlhelm-Organisation gekommen. Nach Eintritt der Dunkelheit wurden die Stahlhelm-Leute bei einem gemächlichen Zusammensein durch Demonstranten überfallen und vertrieben. Sie wurden auch auf der Straße noch weiter verfolgt und bedroht. Nachdem sich die Stahlhelm-Leute in ein Cafe zurückgezogen hatten, wurde das Cafe durch eine große Menge belagert und unter stürmischen Drohungen die Herausgabe der Flüchtlinge verlangt. Bei den Ausführeitungen hat ein Kriegsbefehlshaber Verletzungen durch Messerstiche erhalten.

Schließung einer polnischen Bank im Ruhrgebiet. In Oberhausen ist von der Polizeibehörde nach einer auf Veranlassung des Handelsministers vorgenommenen Hausdurchsuchung die dortige Niederlassung der Bank Przemyslawow geschlossen worden. Wegen der Bank schwebt ein Verfahren wegen Verstößen gegen das Kapitalfluchtgesetz. Es soll sich um erhebliche Kapitalverschiebungen handeln. In den Geschäftsräumen wurden größere Mengen Gold- und Silbermünzen beschlagnahmt. Der Hauptsitz der Bank, die im rheinisch-westfälischen Industriebezirk noch zwei weitere Niederlassungen in Gelsenkirchen und Bochum unterhält, ist Posen. Einer der Hauptaktionäre dieser Bank ist der bekannte Polenführer Koszant.

Gefährlicher Sturz eines Reiseflugzeuges. Auf dem Flugplatz Bourget bei Paris ereignete sich ein schwerer Unfall. Ein Postflugzeug der Linie Warschau—Strasbourg—Paris wollte beim Landen einem aufsteigenden Apparat ausweichen. Infolge der gemächigten Geschwindigkeit rutschte das Flugzeug über die eine Tragfläche ab und wurde vollständig zertrümmert. Die vier Passagiere, von denen sich zwei auf der Hochzeitsreise befanden, wurden glücklich verstimmt unter den Trümmern hervorgezogen. Der Führer erlag den erlittenen Verletzungen auf dem Transport ins Hospital.

Abg. Reiffhaus †. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Paul Reiffhaus, Vertreter des Wahlkreises Thüringen, ist in Schwarzburg infolge eines Gehirnschlages gestorben. Reiffhaus, am 29. Dezember 1855 geboren, seines Zeichens Schneider, ist seit 1874 für die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaftsbewegung tätig gewesen. Mit Ausnahme der Zeit von 1907—1912 gehörte er dem Reichstage seit 1893 ununterbrochen bis zu seinem Tode an.

Die Abnahme der Milliarden. Die amerikanische Einkommensteuerbehörde gibt bekannt, daß die Zahl der Einkommen von mehr als einer Million Dollar seit dem Kriege folgendermaßen geschwankt hat: 60 Millionen in 1914, 120 in 1915, 206 in 1916, 141 in 1917, 67 in 1918 und 65 in 1919.

Der Sommer 1921 wird von den Ausflüglern, Touristen, Badeorten, Sommerfrischen und Landgasthäusern im Kalender rot angetrichen werden, denn er scheint seinen Charakter als ein „schöner Sommer“ sogar als ein viel zu schöner, denn er war so regenarm, bis zu seinem Ende behielten zu wollen. Daß es abends und recht kühl ist, liegt an der Jahreszeit, und mit den Abendstunden ist es wohl nur

vorbil. Aber zum Marschieren am Sonntag ist das Wetter wie geschaffen, und für die herbstlichen Sportveranstaltungen ist es nicht minder günstig. Auch die letzten Erntearbeiten haben ihren Vorteil davon. Der Ertrag der Spätkartoffeln, die am meisten unter der Dürre gelitten haben, wird etwa auf die Hälfte der guten Frühkartoffelernte geschätzt.

Steuerbefreiung für Führerhunde von Kriegs- und Friedensblinden. Der Reichsarbeitsminister hat angeregt, nach dem Muster einiger Länder im Interesse der Kriegs- und Friedensblinden auf die Kreise und Gemeinden dahin einzuwirken, daß sie in ihre Hundesteuerordnungen eine Befreiungsvorschrift für Führerhunde von Kriegs- und Friedensblinden aufnehmen. In einer Reihe von Ländern, so in Mecklenburg-Schwerin und Hamburg, ist bereits eine derartige Steuerbefreiung für alle Hundehalter, welche körperlicher Gebrechen wegen oder aus ähnlichen Gründen Hunde zu ihrer Sicherheit nicht entbehren können, gesetzlich vorgesehen. Es ist zu hoffen, daß die Gemeinden dieser Anregung, die auch einem von Blinden geäußerten Wünsche entspricht, nachkommen werden.

Die Kohlenversorgung für den kommenden Herbst und Winter ist allen Haushaltungsvorständen angelegentlichst zu empfehlen, denn an eine Verbilligung des teuren Brennmaterials ist leider nicht zu denken. Auch wenn infolge einer Lohnerhöhung keine Verteuerung eintreten sollte, so wird doch die neue Kohlensteuer bei der heutigen Finanzlage kaum abgewendet werden können, und damit wird auch der Preis erheblich steigen. Die Sparfähigkeit im Kohlenverbrauch bleibt daher eine Notwendigkeit, nicht nur in den Wohnungen, sondern auch in der Küche. Es empfiehlt sich, die Bricketts zu zählen, und nicht „maßlos, zahllos“ aufzuliegen. Die Hausfrau wird erstaunt sein über die Menge, Bricketts, die in einem Monat verbraucht werden können, die aber besser zum Teil für die kalten Tage aufbewahrt werden.

Handel und Verkehr.

Die Kaufkraft sinkt nicht nur in Deutschland, sondern überall. Auf der in der Vorwoche stattgehabten Leipziger Herbstmesse war die Zahl der anwesenden ausländischen Einkäufer, mit alleiniger Ausnahme von Schweden, erheblich zurückgegangen. Es ist also zum mindesten sehr gewagt, die Preise für neue Artikel jetzt zu erhöhen, wenn es auch schwer ist, an den alten Preisen festzuhalten. Gute Konjunktur, so daß auf die Preise wenig Rücksicht genommen zu werden braucht, herrscht besonders noch in Textilwaren und dann in gewissen Maschinenbranchen.

Nachdienst der Telephonämter. Vom 1. Oktober ab wird in allen Ortsfernsprechnetzen mit mehr als tausend Hauptanschlüssen ununterbrochener Dienst eingerichtet. In der in diesen Netzen nach dem Fernsprechnetzgesetz zu entrichtenden Grundgebühr ist ein Zuschlag von 20 Mk. mit enthalten, der die Kosten für die Durchführung des Nachdienstes deckt. Während der Nachtzeit werden künftig im Ortsverkehr nicht mehr erhöhte Gebühren, sondern die gleichen Gebühren wie am Tage erhoben. Auch in kleineren Netzen kann auf Antrag der Teilnehmer verlängert oder ununterbrochener Dienst eingerichtet werden, wenn die Antragsteller sich zur Deckung der Kosten verpflichten. Nach der neuen Fernsprechnetzordnung ist die Telegraphenverwaltung künftig berechtigt, Ortsgespräche nach einer Dauer von 15 Minuten durch Trennung der Verbindung zu beenden, wenn der Betrieb es erfordert. Durch diese Maßnahme soll dem auch in der Presse schon vielfach beklagten Uebelstand gesteuert werden, daß Fernsprechnetznehmer zum Nachteile des allgemeinen Verkehrs die Verbindungsleitungen über Gebühr für Plaudereien und ähnliche Zwecke benutzen.

Die Verschiebung von Inlandsgetreide. Eine Interpellation der deutsch-nationalen Reichstagsfraktion befaßt sich mit dem Gerücht, daß die heutige Preisgestaltung für Getreide durch Verschiebung von Inlandsgetreide in das Ausland, namentlich an der West- und Ostgrenze, beeinflusst werde. Die Reichsregierung wird um Auskunft ersucht, welche Maßnahmen sie zutreffenden Falles zu ergreifen gedenkt, um solche Verschiebungen von Getreide in das Ausland zu verhindern.

Berlin, 7. September (B. r. f.) Infolge des durch die Schließung der Börse an drei Tagen der Woche enorm zusammengebrühten Verkehrs wurde der Börsenschluss wegen der ungeheuren Menge der vorliegenden Aufträge auf 5 Uhr hinausgeschoben. Es sollen auch Ermäßigungen im Börsenverkehr für diese ganze Woche, vielleicht sogar auch die folgende Woche möglich zu sein. Man hofft, daß durch solche Maßregeln die Kundschait zur Besinnung kommen werde. Die Flucht vor der Reichsmark nimmt geradezu katastrophale Gestalt an. Der Verkauf des Reichspapiersmarkt auf allen Kreisen ist derart groß wie nie zuvor, so daß die Banken und Makler die Arbeit gar nicht mehr bewältigen können und die amtlichen Notierungen erst in den Nachmittagsstunden erfolgen konnten.

Der Stand der Mark. Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	7.9.	6.9.	1914
100 holl. Gulden	2075	2044	167,—
100 belg. Franken	703	690	80,—
100 dän. Kronen	1638	1608	112,—
100 schwed. Kronen	2001	2001	112,—
100 tschech. Kronen	112	112	—,—

Der Herr des Todes.

Roman von Karl Kosner.

39] Nachdruck verboten.

Eine neue Erregung kam über Heid, ein Schreck: ganz deutlich empfand sie mit einem Male vor diesen Augen, die immer noch so tragend, lebend auf ihr lagen...

wie seine Augen unverwandt auf ihren Händen ruhten. Ihr war's mit einem Male, als wäre das schon etwas wie ein Sieg — eine lebendige Erinnerung. Es tat ihr wohl...

an ihn heran. Er sann ihnen nach — hörte den Sinn, den sie nicht sprachen — wusste nicht, ob er ihn als Qual, als Glück empfanden konnte. Und dachte dann doch wieder an den Mann da drüben — schüttelte rasch den Kopf...

etwas, das für seinen Raum berechnet ist, in eine enge Stube trägt. Ein Mensch, der einem sagt: „Ich weiß, du willst ein Ende machen — jeder weiß, selbst wissen, was schließlich zu seinem Fortschritt noch ein Geschäft vorzuschlagen...

Ausschreiben. Es soll eine Wasserpumpe beschafft werden. Nähere Auskunft erteilt der Beamte Fischer im Rathaus. Angebote bis zum 12. September 1921. Nastätten, den 8. September 1921. Der Magistrat: Wasserloos.

Grummet-Versteigerung. Dienstag, den 13. September ds. Js., vormittags 11 Uhr, unterhalb Kloster Gronau anfangend, wird das Grummetgras auf 90 Morgen Wiesen der Besitzung Gronau meistbietend an Ort und Stelle versteigert. Runkel, den 8. September 1921. Fürstlich Wiedische Rentei.

Eber-Versteigerung. Dienstag, den 13. September 1921, mittags 1 Uhr, wird auf dem hiesigen Gemeinde-Zimmer ein gut genährter Gemeindefeber der sich noch zur Zucht eignet, öffentlich versteigert. Bettendorf, den 3. September 1921. Der Bürgermeister: Holl.

Warnung! Diejenigen Personen warne ich hiermit, welche aus Geschäftskonkurrenz unwahre Gerüchte verbreiten, um mich zu schädigen zu suchen. Petone ausdrücklich, daß ich in dieser Branche gelernter Fachmann bin und lasse mir von berartigen Konkurrenten, welche überhaupt als Nichtfachleute in Betracht kommen, nicht mein reales Geschäft untergraben...

Fruchtsäcke. In toller Ausführung. Größe 55/135, Qualität I per Stück 11.— Mk. Größe 55/135, Qualität II per Stück 13.50 Mk. empfiehlt Wilhelm Dürfelen, Inh.: Wilh. Rohe St. Goarshausen am Rhein.

Empfehle mein reichsortiertes Lager in Herren- und Frauenhemden, keine Arbeiterjacken, Dreifachden, Kinderkleidchen, Druckschürzen, Kinderschürzen, keine Tuch, Hemdenbieber, Einfaßhemden, Unterröcke, Kurzwaren aller Art, Delfers Badpulver, Maggi, Henkels Fabrikate, Größtes Tabakwarenlager der Umgebung, Persil, Kern-, Toiletten-, Rasier- und Schmierseife, Haarschmuck in allen Ausführungen...

Zur Haarpflege: Peru-Lanin Franz-Brannfwein Birken-Wasser Bay-Rum Friseurgeschäft Anton Kern Nastätten: Hauptstraße.

Brennholz. Speziell Buchenscheitholz von alter und freischer Fällung, bis 1,30 m lg., von 8 cm Durchm. an aufwärts, frachtgünstig Frankfurt a. M. zu kaufen gesucht. Ausführliche Angebote mit Adresse Ferd. Schmidt, Holzhdg., Frankfurt a. M. Büro: Am Tiergarten 18.

Haar Schmuck. (moderne Garnituren in feinsten Ausführungen), sowie einzelne Haarfpangen und -Pfleile. Damen- und Herrenfriseurgeschäft Bernhardt Adolfsplatz 1.

TRAURINGE mit Feingehaltstempel stets in allen Größen vorräig und werden zum jeweiligen Tagespreis berechnet. Erich Grewé, Caub a. Rh. Feinste gebr. Kaffees per Pfd. 24.— und 26.— Schwarzer Tee lose per 1/4 Pfund 8.— in Packungen zu 3.90 und 7.50. Trumpp - Sakao in Packungen zu 4.— und 7.75 wieder eingetroffen. Cafe Hagel, Nastätten (Nähe Bahnhof).

prima Leinöl. Bleiweiß, Eitophon, alle Sorten Lacke, Fußbodenlacke Marke „Drachensels“, Weißlack, Pinsel und Bürsten Marke „Molitor“ sowie alle sonstigen in mein Fach einschlagenden Artikel in nur prima Ware zu äußersten Preisen empfiehlt Emil Meyer, Malermeister, Nastätten (Nähe ev. Kirche). 1/2, 1/2 und 1/4 Flaschen

Kognak :: Liköre Rum und Arrak (Marke Scherer) frisch eingetroffen! Konditorei Hagel Nastätten (Nähe Bahnhof).

Sozialdemokr. Ortsgruppe Nastätten. Hierdurch werden unsere Mitglieder zu einer dringenden Versammlung auf Samstag, den 10. September, abends 9 Uhr in das Gasthaus „Zur Rose“ eingeladen. Es findet Neuwahl des gesamten Vorstandes statt und wird das Erscheinen aller Mitglieder erwartet. Der Vorstand.

Flügel Pianos. Mand - Knauss - Kappler in la. Friedens-Qualität zu bequemen Zahlungsbedingungen. C. MAND. Telefon 5 - COBLENZ - Schlosstr. 36-38

Wir sind fortgesetzt Käufer von Alteisen und Guß und zahlen heute wieder hohe Preise. Karl & Theodor Wagner Nastätten.

Kalksandsteine (Dartsiegel) gehören in erster Linie zu den vorzüglichsten besten und billigsten Baustoffen! Erstes Nass-Kalksandsteinwerk Miedlen. Nach neuem Verfahren werden dieselben in wetterbeständiger Qualität hergestellt u. billigst geliefert!

Die Amts-Apothek Nastätten übernimmt das Vergiften von Weizen jeden Quantums. Nobadys Damen-Moden-Album Favorit-Moden-Album! Die Neueste Deutsche Mode! für Herbst und Winter 1921. Müllersche Buchhandlung :: Nastätten.

Allein-Mädchen gesucht bei guter Kost, guter Behandlung und hohem Lohn nach Rheinhelm a. Rhein. Frau Oekonomierat Ott.

Warnung! Habe in meinem Garten „auf dem Steil“ Gift gestreut. Ernst Gieseler.

Ein Suit im Geschäft hängen geblieben. Friseurgeschäft Spriestersbach Nastätten.

Fahrfuhr. Eine hochkräftige fuhr zu verkaufen bei Ph. Stodenhofen, Diethard.

Tapeten und Borden. in geschmackvoller grosser Auswahl stets am Lager. Peter Fischer Nastätten: Rheinstraße 33.

Pflüge :: Eggen Kultivatoren Sauchepumpen Rüben-Schneider Brockelmühlen empfiehlt billigst Pflug-Fabrik Wagner Nastätten :: Rheinstraße.

Pecuphosphin. vielbewährtes erprobtes Mittel gegen Knochenchwäche und Steifheit der Glieder bei Jungw. Zu haben: Apotheke in Nastätten.

Natur-Haarzöpfe sowie Unterlagen und sämtliche Haar-Erfindungen (nur sachmännische Arbeit), fertig vorräig; Anfertigung auch von ausgekämmt Haaren gut und preiswert. Misarbeiten und Farben von getragenen Zöpfen nur im Spezial-Haargehäft von Albert Spriestersbach Nastätten (a. d. ev. Kirche). Stets frische Schnitt-Blumen (lose und arrangiert) empfiehlt Gärtnerei E. Wölfert Nastätten: Oberstraße.